

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Der FL-Landeskanal nimmt am Montag seinen Sendebetrieb auf

Das Presse- und Informationsamt der Regierung übermittelt Aktuelles über Kabelfernsehen - Live-Übertragungen nur in Ausnahmefällen

(mö) - Am kommenden Montag fällt der Startschuss für ein neues, elektronisches Medium in Liechtenstein: Nach mehrjähriger Vorbereitungsphase wird der FL-Landeskanal seinen Sendebetrieb aufnehmen und rund 10 000 Haushaltungen mit amtlichen Mitteilungen beliefern. Vor dem eigentlichen Sendebeginn wurden bereits zwei Landtags-sitzungen live über den Landeskanal übertragen.

Der FL-Landeskanal, der gestern an einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, kann in allen Gemeinden empfangen werden, die der LGGA angeschlossen sind. Für die Gemeinden Eschen und Mauren, die nicht Genossenschafter der LGGA sind, ist eine Lösung in Vorbereitung, die noch der Zustimmung durch den LGGA-Vorstand bedarf, so dass sich dort der Start um einige Tage verzögern dürfte. Das neue Medium, das bis zur Schaffung einer Teilzeitstelle vom Team des Presse- und Informationsamtes betreut wird, ist als Vollbild bzw. Durchlaufprogramm sowie als Teletext-Programm gestaltet, für das 800 Seiten zur Verfügung stehen. Während das Vollbild mit jedem Fernsehgerät empfangen werden kann, braucht es für das Abrufen der Teletextseiten ein Gerät mit Teletext-Decoder.

Aktuelles aus Regierung, Landtag...

Nach dem von Presseamtsleiter Roland Büchel vorgestellten Programmkonzept wird der Landeskanal rund um die Uhr über Aktuelles aus Regierung, Landtag und Fürstenhaus sowie über Dienstleistungen der Landesverwaltung informieren. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, in Krisensituationen oder



Bis zur Schaffung einer Teilzeitstelle wird der FL-Landeskanal noch vom Team des Presse- und Informationsamtes betreut. Im Bild von rechts: Amtsleiter Roland Büchel, Daniela Clavadetscher, Helen Hobi, Louise Willi (sitzend) und Marcel Oehri in der Landeskanal-Zentrale im Regierungsgebäude.

bei Katastrophen die Öffentlichkeit rasch und unmittelbar zu informieren. Angeboten werden auch Service-Informationen wie Notfalldienste und Notrufnummern.

Wie an der Pressekonferenz zu erfahren war, haben die Informationen offiziellen Charakter im Sinne von Pressemitteilungen. Informationsinhalte und deren zeitliche Verbreitung seien mit der Regierung abgestimmt. Der Landeskanal sei jedoch kein Medium, das Mitteilungen von Privatpersonen, Vereinen

oder Parteien weiterverbreite oder gegen Bezahlung Werbung aussende.

Die technischen Einrichtungen für Live-Übertragungen sind vorhanden, doch sollen diese aufgrund des personellen und finanziellen Aufwandes nur in Ausnahmefällen und im Auftrag der Regierung stattfinden. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen auch Video-Filme eingespielt werden, die von der Regierung in Auftrag gegeben wurden bzw. noch werden (z.B. Liechtenstein-Film, UNO-Beitritt etc.).

Die Einrichtung des Landeskanals sei ein Versuch, betonte gestern Regierungschef Hans Brunhart, mit der Information über den Staat und seine Tätigkeit näher an den Bürger zu gelangen, den Bürger mehr zu interessieren für staatliche Angelegenheiten. Nur der informierte Bürger werde richtig entscheiden können, wenn eine Entscheidung von ihm verlangt werde.

Näheres über den FL-Landeskanal auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

KOMMENTAR

«Wenn immer die alten Methoden nicht mehr funktionieren, ist es Zeit für einen Wechsel»: Diese Aussage von Regierungschef-Kandidat Markus Büchel bekommt immer stärkeres Gewicht. Nicht genug mit der Staatskrise. Die Mehrheitspartei scheut sich nicht davor, nach der Verfassung auch die Monarchie mit Füssen zu treten.

Wohlweislich gehen die VU-Marketing-Strategen allerdings auf Distanz zu ihrem Regierungschef, mit dem nach der heraufbeschworenen Staatskrise derzeit offenbar kein Staat zu machen ist. Würde in früheren Wahlkampf-Feldzügen keine Nominationsversammlung ausgelassen, den Spitzenmann zur Untermauerung der starken Kandidatenteams vor den Ortsgruppen aufstufen und im Leibblatt wahlkampfgerecht ablichten zu lassen,

Verfassungswirklichkeit und Konsenswille

liess man ihn bei den nunmehrigen Nominationsversammlungen abseits stehen. Einzig in Balzers wurde die Anwesenheit des Spitzenkandidaten im «Vaterland» gerade mal mit einem halben Satz erwähnt.

Und anstatt im Landtag Red und Antwort zu stehen, wird er zu einem hochnotpeinlichen Lästigkeitsbesuch beim deutschen Bundeskanzler geschickt. Da freilich auch der Kanzler nicht so recht wusste, welche dringenden deutsch-liechtensteinischen Probleme anstehen, liess dieser vorsorglicherweise in unserem Land abklären, wie es um die Staatskrise steht. Dass das Wort des Regierungschefs in den eigenen Reihen derzeit weniger zählt als auch schon, liess sich im «Vaterland»-Bericht über die «Zurechtückung der Tatsachen im VU-Landesausschuss nachlesen (11. 11.). Während der Regierungschef der Meinung gewesen sein soll, den Konflikt mit dem Landesfürsten nicht in der Presse auszubaden, war zumindest der Landtagspräsident nicht-destotrotz anderer Ansicht. Nur wenige Zeilen darunter erschien es ihm nämlich «wirklich zwingend, Stellung zu einem etwas verzerrten Bild in der Darstellung der Dinge zu nehmen». Anstatt Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, werden diese also zurechtgerückt. Bemerkenswert.

Das Wort des Regierungschefs in ihren Ohren, zieht die VU in ihrem Parteiblatt gleichwohl gegen den Landesfürsten zu Felde. In höhnischem Ton wird auf der Frontseite herablassend geitelt: «Und das soll allen Ernstes Verfassungsbruch sein» (VL, 14. 11.). Nicht genug damit: Da wird dem aufmüpfigen Staatsoberhaupt gleich auch noch Staatskunde-Nachhilfe erteilt, indem in drei Teilen die «Verfassungswirklichkeit» aus Sicht der VU dokumentiert wird. Ist das der ganze Konsenswille einer Partei, die Verantwortung tragen will? Unter dem Gesichtspunkt der «Verfassungswirklichkeit» ist nun auch zu verstehen, weshalb die VU im Landtag keinerlei Anzeichen machte, den Dialog mit dem Landesfürsten zu suchen. Erst als Fraktionssprecher Ernst Walch mit einem entschiedenen Votum seitens der FBP-Fraktion verhinderte, dass der Landtag so mir nichts dir nichts einfach zur Tagesordnung übergang, bemüht sich auch die VU-Fraktion sich der Meinung der FBP anzuschliessen, dass der Landtag den Dialog mit dem Landesfürsten suchen muss. Stabilität und Kontinuität unseres Landes sind nämlich anerkanntermassen nicht einer Partei zu verdanken, sondern wurzeln in unserer Monarchie. Und was meint der Präsident jener Partei, die uns den heutigen Schlamm eingebrockt hat? «Die VU ist die in der Zukunft einzig berechenbare politische Kraft in unserem Land. Und auf diese Kontinuität und Berechenbarkeit ist unser Kleinstaat besonders angewiesen» (VU-Präsident Kranz im VL vom 13. 11.).

Nun, wenn diese Staatskrise Berechnung ist und wenn der VU-Präsident tatsächlich der Ansicht ist, dass sich die Zukunft berechnen lässt, dann ist es höchste Zeit für einen Wechsel. (Martin Frommelt)

Michael Succow erhielt Binding-Preis für Erhaltung von Naturräumen

Preisverleihung für Binding-Preis für Natur- und Umweltschutz 1992 in Vaduz - Anerkennungspreise gehen nach Österreich und die Schweiz

(G.M.) - Der Binding-Preis für Natur- und Umweltschutz 1992, der am Freitag in Vaduz verliehen wurde, geht an Prof. Michael Succow, der sich in der ehemaligen DDR für die Erhaltung von Naturschutzgebieten eingesetzt hatte. Der mit 50 000 Fr. dotierte Preis war im letzten Jahr an Prof. Dr. Hans Ruh (Zürich) für seinen «Einsatz für eine ökologische Ethik» verliehen worden. Anerkennungspreise erhielten weitere vier Preisträger aus der Schweiz und Österreich.

Mit der Zuerkennung des Binding-Preises für Natur- und Umweltschutz soll die Auseinandersetzung mit Umweltproblemen in der Öffentlichkeit gefördert werden. Prof. Michael Succow erhielt die Auszeichnung, wie es in der Begründung des Preiskuratoriums heisst, für einen Kraftakt, den es in der Geschichte des europäischen Naturschutzes noch nie gab. Auf seine Initiative wurde ein Gebiet von mehr als 5000 Quadratkilometern zwischen Ostseeküste und Thüringer Wald unter Naturschutz gestellt. Der unter Schutz gestellte Naturraum umfasst fünf Nationalparks, sechs Biosphärenreservate und drei Naturschutzparks.

Prof. Michael Succow, der vom deutschen Umweltminister Klaus Töpfer als Berater in das Umweltministerium berufen wurde, gibt sich als engagierter Naturschützer noch nicht zufrieden: «Als



Prof. Michael Succow aus der ehemaligen DDR erhielt den Binding-Preis 1992 für Natur- und Umweltschutz. Am Freitagabend wurde seine Leistung für die Erhaltung einer Naturlandschaft gewürdigt. (Bild: R. Korner)

Landschaftsökologe setze ich mich für den Erhalt der letzten noch intakten Öko-Systeme auf der Welt ein. Das ist ein Nationalparkprogramm für die Erde.»

Neben dem Hauptpreis werden jährlich auch Anerkennungspreise durch die Binding-Stiftung verliehen. Nach den Leitlinien der Stiftung erfolgt die Vergabe von Anerkennungspreisen an Personen, Dienststellen oder Organisationen, die in ihrer Gemeinde oder Region konkrete und beispielhafte Impulse gegeben oder Leistungen erbracht haben. Zu den diesjährigen Preisträgern gehört Christian Göldi (Schaffhausen) für die Renaturierung bzw. Revitalisierung von Fließgewässern. In den Genuss eines Anerkennungspreises in Höhe von 10 000 Fr. kommt auch das Schweizerische Institut für Baubiologie (Flawil), das Öffentlichkeitsarbeit über die Zusammenhänge zwischen Bauen, Materialien und Energiesparmöglichkeiten leistet.

Ferner wurde die Auerhahngruppe Toggenburg mit einem Anerkennungspreis bedacht, die sich für die Erhaltung bedrohter Tier- und Pflanzenarten sowie für die Rückgewinnung grossflächiger Ruhezone für bedrohte Tiere einsetzt. Und schliesslich ging ein Anerkennungspreis an Gerhard Pfitzner (Linz) für dessen Forschungs- und Renaturierungsprogramme sowie für die Herausgabe der Zeitschrift «Öko-L».

Optimismus der Hilti Gruppe für das kommende Jahr

Michael Hilti löst Martin Hilti als Verwaltungsratspräsident ab - Umsatzsteigerung erwartet

(G.M.) - Die Hilti AG erwartet 1992 ein gutes Geschäftsergebnis. Nach Angaben von Michael Hilti an einer Pressekonferenz in Zürich soll sich der konsolidierte Konzernumsatz um rund 5 Prozent auf 2 190 Mio. Franken steigern. Für das kommende Jahr liegen die Erwartungen noch optimistischer: Der Umsatz des weltweit tätigen Konzerns soll sich um 8 bis 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigern, da in wesentlichen Absatzmärkten mit einer Steigerung der Baukonjunktur gerechnet wird.

An der Pressekonferenz in Zürich berichtete die Führungsspitze der Hilti AG aber nicht nur über das Geschäftsergebnis

und die Erwartungen für das kommende Jahr, sondern auch über entscheidende personelle Veränderungen: Michael Hilti, bisher Vorsitzender der Konzernleitung, wird zum Präsidenten des Verwaltungsrates berufen. In dieser Funktion löst er Firmengründer Martin Hilti ab, der künftig als Ehrenpräsident des Verwaltungsrates für die Gruppe tätig sein wird. Georg Rosenbauer scheidet als Mitglied der Geschäftsleitung aus und wird zum Mitglied des Verwaltungsrates bestellt. Alex Lendi, ebenfalls bisher Mitglied der Konzernleitung, übernimmt als vollzeitlicher Administrativ-Treuhänder die Leitung des Familientrusts der Familie Martin Hilti.

Wie zum mutmasslichen Geschäftsergebnis 1992 weiter erklärt wurde, werden Reingewinn und Cash-flow des Stammhauses überproportional zum Umsatz wachsen und rund 10 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahres liegen. Diese Ertragssteigerung wird neben dem weiteren Ausbau der Marktstellung der Gruppe «in einem schwierigen konjunkturellen Umfeld» auf die frühzeitig eingeleiteten Massnahmen zur Kostenbewirtschaftung zurückgeführt.

Der Personalbestand von 12 200 Mitarbeitern ist im laufenden Jahr auf 12 460 Personen angewachsen.

Weitere Ausführungen über die Hilti-Pressekonferenz auf der Wirtschaftsseite.

Referendum: Mehr als 2000 Unterschriften

Die gesetzlich notwendige Unterschriftenzahl für das Referendum über das geplante Regierungsviertel wurde mit über 2000 ausgefüllten Referendumskarten bei weitem überschritten.

Die Initianten freuen sich über den riesigen Erfolg. Das Referendum wird, nachdem die Unterschriftenliste durch die Gemeinden kontrolliert und beglaubigt sind, am Donnerstag, 26. November um 16.00 Uhr bei der Fürstlichen Regierung eingereicht.

(Das Initiativkomitee)